

Memeler Dampfboot

Memeler und Grenz-Zeitung

Erscheint täglich morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen
Bierteljährlicher Abonnementspreis
Pränumerando 70 M. 50 Pf., mit Votenlohn 72 M.

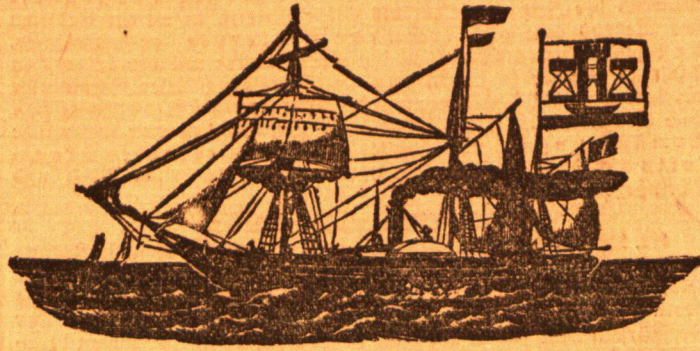
Auswärtige
abonnieren bei den Postämtern und erhalten die Zeitung für
72 M. pro Quartal bei freier Zustellung.

Sprechstunden der Redaktion: Vorm. 11 bis 12 Uhr
außer Montag und Sonnabend.

Für Aufbewahrung und Rücksendung unterlangt eingesandter
Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.

Die Expedition ist geöffnet:
An Wochentagen von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends,
an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags.

Telegramm-Adresse: Dampfbootverlag.



Anzeigen werden für den Raum einer Kolon-
Spaltzeile von Abonnenten mit 3,00 M.,
von Nicht-Abonnenten u. Auswärtigen mit 4,00 M. berechnet.
Reklamen für Stiefel 12,00 M., Auswärtige 15,00 M. die Zeile
bei Erfüllung von Nachfragen 50% Aufschlag.
Eine Gewähr für die Einräumung bestimmter Plätze
kann nicht übernommen werden.

Etwaiger Rabatt kann im Konkursfälle, bei Einziehung des
Rechnungsbetrages auf gerichtlichem Wege und außerdem dann
verweigert werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang
der Rechnung Zahlung erfolgt. Erfüllungsort ist Memel.

Anzeigen für die folgende Nummer bestimmt
sind spätestens bis vorm. 10 Uhr einzuliefern.

Telephonische Anzeigenannahme ohne Gewähr für
Richtigkeit.

Belag-Exemplare kosten 2,00 M.

Fernsprechnummern: 26 und 28.

r. 173

Memel, Donnerstag, den 27. Juli 1922

74. Jahrgang

Der Reichskonflikt mit Bayern

Beworfteltete Erklärung der Reichsregierung

Ab. Berlin, 26. Juli. (Priv.-Tel.)

Das Reichskabinett ist heute vormittag erneut zusammen-
getreten, um die bayerische Frage zu erörtern. An der heutigen Be-
ratung haben sämtliche Mitglieder des Kabinetts teilgenommen, auch
Reichswehrminister Dr. Seeber, der gestern sich noch in München
aufgehalten hat. Zu Entscheidungen ist das Reichskabinett auf der
Vormittagsitzung noch nicht gelangt. Es wird am Nachmittag erst
zusammengetreten. An dieser Sitzung wird sich ein Kabinetts-
rat anschließen, dem der Reichspräsident vorsitzen wird. In dem
Kabinettsrat wird die endgültige Entscheidung über die Art
der Stellungnahme der Reichsregierung zu der Verordnung Bayerns
fallen. Es ist bereits angekündigt worden, daß dieser Beschluß der
Reichsregierung in einer Erklärung der Reichsregierung mitgeteilt
werden soll. Es ist anzunehmen, daß in dieser Erklärung, deren
Formulierung anscheinend noch nicht feststeht, in der Hauptsache die
Unvereinbarkeit der bayerischen Verordnung mit der Reichsverfassung
betont werden wird. Man nimmt an, daß die Regierung die
Entscheidung des Reichsgerichts anrufen wird und daß
der Reichstag zunächst nicht zusammengetreten wird.

Die Auffassung in Berlin

Unser Berliner k-Mitarbeiter schreibt uns:
Der Draht zwischen Berlin und München, der ja auch im Kaiser-
lichen Deutschland so oft repariert werden mußte, ist wieder einmal ge-
risen. Das Gesetz zum Schutz der Republik, welches die Notverordnung
bisher, betrachtet man, obwohl es vom Reichstag mit großer Mehrheit
beschlossen worden ist, in Bayern als einen Eingriff in die mit Eifersucht
verwahrten Hoheitsrechte. Nachdem alle Vermittlungsversuche zwischen
Berlin und München gescheitert waren, hat die bayerische Regierung
den ihr von der ausschlaggebenden Bayerischen Volkspartei diktierten
Weg beschritten, indem sie die angekündigte Ausnahmeverordnung erließ.
Diese übernimmt die materiellen Bestimmungen des Gesetzes zum
Schutz der Republik mit einigen Ausnahmen. Das sind zunächst die
Paragrafen 12 und 18, betreffend die Aburteilung der Verbrechen
gegen die Republik durch den Staatsgerichtshof, ferner Paragraph 17
betreffend die Zuständigkeit des Reichsministers des Innern und des
Staatsgerichtshofs für das Verbot von Vereinen und Versammlungen,
Paragraph 21 Absatz II, wonach das Verbot einer periodischen Druck-
schrift auch jede angeblich neue Druckschrift umfaßt, die sich sachlich als
die alte darstellt, und endlich Paragraph 23, der bestimmt, daß die
Reichsregierung Mitgliedern vormalig landesherrlicher Familien, die im
Ausland wohnen, das Betreten des Reichsgebietes untersagen kann.
Zu beachten ist vor allem, daß die bayerische Regierung die Anwendung
der aus dem Schutzgesetz übernommenen Bestimmungen ausschließlich
den bayerischen Behörden überträgt, so daß also nicht der neu errichtete
Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik und der bei diesem bestellte
Untersuchungsrichter, sondern die bayerischen Landesgerichte und Staats-
anwälte in Wirklichkeit treten. Das Reichskriminalpolizeigesetz, welches
am 1. Oktober in Kraft tritt, wird zwar in der Verordnung nicht erwähnt;
doch haben die Münchener Offiziösen bereits erklärt, daß sein Vollzug
in Bayern nicht gestattet werden könne.

An den hiesigen Regierungskreisen betrachtet man die Ausnahme-
verordnung als rechtmäßig. Die bayerische Regierung glaubt sich
auf den viel umkämpften Art. 48 der Reichsverfassung stützen zu
können, der den Landesregierungen die Vollmacht erteilt, „bei Gefahr
im Verzuge die zur Herstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
notwendigen Maßnahmen zu treffen.“ Wenn man das Münchener
Kabinett recht versteht, so will es anscheinend das von Reichsregierung
und Reichstag beschlossene Schutzgesetz als eine solche „Gefahr im
Verzuge“ ausgeben! Jedemfalls liegen die Dinge aber so, daß das
Gesetz zum Schutz der Republik, das jetzt im Reichsgesetzblatt ver-
öffentlicht worden ist, damit in Kraft getreten ist, und Art. 18 der
Reichsverfassung bestimmt, „Reichsrecht bricht Landesrecht“, ein Grundsatz,
der durch keine Verordnung aufgehoben werden kann.

Wie liegen nun die Dinge in Bayern selbst? Mit dem Austritt
des demokratischen Ministers Hamm aus dem Kabinett ist die bis-
herige Regierungskoalition gesprengt. Nun hätte ja die Bayerische
Volkspartei, die größte bürgerliche Partei Bayerns, die auch den Haupt-
teil der Minister stellt, im Bunde mit der Mittelpartei und der
Deutschen Volkspartei bereits die einfache Mehrheit; doch um die für
alle Fälle notwendige Zweidrittelmehrheit zu erlangen, bedürfte sie
nach dem Austritt der Demokraten noch des Bayerischen Bauernbundes.
Dessen Haltung steht aber noch nicht endgültig fest, da er der Regierung
keine Geselligkeit nur „bei allen verfassungsmäßig zulässigen Verjahren
zur Wahrung der bundesstaatlichen Hoheitsrechte“ zugesagt hat, während
auf der anderen Seite die Sozialdemokratie mit der vielleicht nicht so
ganz ernst gemeinten Auflösung des Landtags und dem Generalfreit
droht, falls das Kabinett bei seiner Haltung verharre.

Was nun den Rechtsstandpunkt betrifft, so bestimmt Satz II
des selben Artikels 48, Absatz IV, auf dessen Satz I sich die bayerische
Regierung beruft, daß die von ihr erlassene Verordnung auf Verlangen
des Reichspräsidenten sofort außer Kraft zu setzen ist. Es gibt jedoch
noch zwei andere, mildere Formen des Vorgehens gegen die bayerische
Regierung, die zurzeit vom Reichskabinett erwogen werden. Der eine
wäre die Herbeiführung einer Entscheidung beim Reichsgericht über

die Zulässigkeit bzw. Nichtzulässigkeit der bayerischen Verordnung,
der zweite: Einberufung des Reichstags, um die Aufhebung der
bayerischen Ausnahmeverordnung zu beschließen. Zunächst aber wartet
man noch ab, ob die verantwortlichen Männer in München nicht selbst
einen Weg finden werden, um aus eigener Initiative (mit etwas
Nachhilfe!) diesen Konflikt aus der Welt zu schaffen, der angesichts
der schwebenden Verhandlungen über Moratorium, Anleihe und Finanz-
kontrolle und bei einem Dollarstand von über 500 M. ein allzu kost-
spieliger — Luxus ist!

Ein Vertrauensvotum für die bayerische Regierung

* München, 25. Juli. (Tel.)

Im bayerischen Landtag gab der Ministerpräsident Graf
Verckenfeld eine Erklärung der bayerischen Staatsregierung
über ihre Notverordnung betreffend den Schutz der Republik ab.
Verckenfeld führte aus:

Die bayerische Regierung ersuchte alle verfassungsmäßigen
Mittel, um die von der Reichsregierung vorgelegten Gesetzesentwürfe
ihres Ausnahmeharakters zu entkleiden und sie zu brauchbaren
Werkzeugen im Kampf um die verfassungsmäßige Staatsform des
Reiches zu machen. Sie erkennt an, daß im Laufe der Verhandlungen
die fraglichen Gesetze nicht unerhebliche Verbesserungen erfuhr. In
wesentlichen Punkten konnten aber bedauerlicherweise die von der
bayerischen Regierung vertretenen Anträge nicht zur Annahme ge-
bracht werden, so namentlich hinsichtlich des Staatsgerichts-
hofes. Das Reichsbeamtengesetz berührt die bayerischen
Landesbeamten zwar nicht unmittelbar, in der Tatfrage aber, daß im
Reich gerade auf einem politisch so wichtigen Gebiet verschiedene
Beamtenrechte gelten, liegt ohne Zweifel eine Gefahr für die Landes-
beamten und eine Gefahr schlimmster Art. Der Entwurf zum Reichs-
kriminalpolizeigesetz legte die Art an die Polizeiheld der
Länder. Die bayerische Regierung drang mit den Bedenken, die sie
gegen die Gesetze überhaupt und gegen das Reichskriminalpolizeigesetz
im besonderen geltend machte, leider nicht durch. Sie fand insbeson-
dere bei den anderen Ländern nicht die notwendige Unterstützung.
Dabei spielte die Vergiftung der Atmosphäre, wie sie durch
allerhand auch im Leopolding-Prozess aufgedeckten Mordgeschäften
geflissentlich erzeugt wurde, offenbar eine nicht unwesentliche Rolle.
Die bayerische Regierung beklagt im Interesse des Reiches, nicht
weniger als im Landesinteresse die Gestaltung der Gesetze, wie sie
schließlich geworden sind. Sie erblickt in dem gegen ihren Wider-
spruch erfolgten Eingriff in die Justiz- und Polizeiheld der Länder
eine Vergewaltigung Bayerns,

die mit dem Sinn und der Struktur der Reichsverfassung im Wider-
spruch steht. Gegen diese Vergewaltigung Bayerns durch das Reich
protestiert die bayerische Regierung auf das Entschiedenste. Nach dem
Geist der Verfassung kann nicht einfach durch Majoritätsbeschluß die
Staatlichkeit der Länder aufgehoben werden. Diese
Auffassung ist im bayerischen Volk fest begründet. Die Unruhe, ja
die verzweifelte Stimmung, die sich in den letzten Wochen weiter
Kreise unseres Volkes bemächtigt hat, ist auf die Beforgnis zurückzu-
zuführen, daß Stück um Stück der bayerischen Staatlichkeit verloren
gehen und schließlich Bayern zu einer Provinz herab-
gedrückt werden möge. Die bayerische Regierung ist der Überzeu-
gung, daß die trostlose Lage des Reiches der Reichsregierung hätte
nahellegen müssen, eine einheitliche und geschlossene Zusammenfassung
des ganzen deutschen Volkes sich zu machen und alles zu
vermeiden, was einen Zwispalt erzeugen muß. Insofern trifft sie
eine schwere Verantwortlichkeit. Was das Schutzgesetz betrifft, so
enthält es nach seiner materiellen Seite eine Reihe notwen-
diger Bestimmungen. Die bayerische Regierung wird dafür
sorgen, daß der Verfassungsschutz energisch und loyal durchgeführt
wird. Durchaus fehl gehen alle Verjahren, die in den
Maßnahmen der bayerischen Regierung eine Abkehr von den alten
festgehaltenen Grundsätzen der Reichstreue und der Be-
ginn zur Abkehr vom Reich erblicken sollen.

Der Ministerpräsident schloß: Die bayerische Regierung beschritt
einen Weg, den zu gehen sie nur in der Lage ist, wenn sie die Mehr-
heit der bayerischen Volksvertretung hinter sich hat. Ich darf das
Hohe Haus um eine Entscheidung bitten, ob es gewillt ist, die Regie-
rung zu unterstützen.

Als er geendet, teilte der Präsident dem Haus mit, daß ein An-
trag der Bayerischen Volkspartei eingegangen sei mit folgendem
Inhalt: Der Landtag billigt das Vorgehen der bayerischen Regierung
hinsichtlich der Gesetze zum Schutz der Republik und spricht ihr sein
Vertrauen aus. — Es folgen nun die Erklärungen der Führer der
einzelnen Fraktionen.

Abg. Held (B. Vp.) erklärte, daß Bayern die Treue zum Reich
halten wolle; das ganze Verhalten der Bayerischen Volkspartei habe
nicht das Geringste zu tun mit Bestrebungen, die auf eine Milderung
der verfassungsmäßigen Zustände hinarbeiten. Abg. Timm (Soz.)

Für eilige Leser

Zum Konflikt mit Bayern steht eine Erklärung der Reichsregierung
bevor.
von Brockdorff-Rankau ist zum deutschen Botschafter in Moskau in
Aufsicht genommen.
Die italienische Kabinettsbildung durch Bonomi ist ebenfalls ge-
scheitert.
Dollarkurs vom 26. Juli 513,35 (25. Juli 499,37).

wies darauf hin, daß das Vorgehen der bayerischen Regierung dem
Treibbruch gegen das Reich und eine beispiellose Verfassungsver-
letzung darstelle. Abg. Dr. Hilpert (B. Mittelp.) sprach der Re-
gierung die Unterstützung seiner Partei in ihrem Kampf zur Wahrung
der bayerischen Polizei- und Justizhoheit zu. Abg. Kieflisch (U.
S. P.) sprach die Erwartung aus, daß die Reichsregierung mit un-
beugsamer Energie auch in Bayern verfassungsmäßige Zustände
schaffen werde. Abg. Dr. Dirr (Dem.) sprach die Befürchtung aus,
daß niemand wisse, wohin die Entwicklung führen werde, nachdem
einmal der sichere verfassungsmäßige Boden verlassen sei. Abg.
Stäbele (Bauernbund) billigte die Haltung der Staatsregierung.
Abg. Burger (D. Vp.) erklärte, daß seine Partei den jetzigen
Schritt der bayerischen Regierung nicht billigen könne und daß sie sich
daher der Abstimmung über das Vertrauensvotum enthalten werde.

In der darauf folgenden Abstimmung über den Vertrauens-
antrag der Bayerischen Volkspartei wird dieser mit den Stimmen
dieser Partei, des Bayerischen Bauernbundes und der Bayerischen
Mittelpartei angenommen. Unter dem Eindruck dieser hochpoli-
tischen Kundgebung vertagte sich darauf das Haus.

* München, 25. Juli. Die „Münch. Neuest. Nachr.“ lassen sich
von ihrem Berliner Vertreter melden, daß der bayerische Gesandte
Dr. v. Preger bei seinem gestrigen Besuch beim Reichskanzler im
Namen der bayerischen Regierung die Versicherung des Fest-
haltens am Reich erneuert habe.

Fremdenflucht aus Bayern

Aus Bayern hat, wie der „Vorwärts“ meldet, seit Sonntag eine
förmliche Flucht der Fremden eingesetzt. Alle nach Norden gehenden
Züge sind überfüllt, man hört in ihnen alle deutschen Mundarten und
viele fremde Sprachen. Sommergäste, die sich für den August ange-
sagt haben, ziehen ihre Bestellungen telegraphisch zurück. Der Grund
ist die Beforgnis vor schweren inneren Ereignissen.

Sozialistische Arbeitsgemeinschaft in Bayern

Die U. S. P. in Bayern hat laut „Voss. Ztg.“ die Bildung einer
Arbeitsgemeinschaft mit der mehrheitssozialdemokratischen
Partei einstimmig beschlossen und die Einladungsschreiben zu den
Verhandlungen darüber an deren Landtagsfraktion gerichtet.

**von Brockdorff-Rankau — deutscher Botschafter
in Moskau**

Ab. Berlin, 26. Juli. (Priv.-Tel.) Als deutscher Bots-
chafter in Moskau ist Minister a. D. Graf v. Brockdorff-
Rankau in Aussicht genommen. Seine Ernennung dürfte in den
nächsten Tagen erfolgen. Der „Voss. Ztg.“ zufolge ist das Agrément
für ihn bereits erteilt.

Die bevorstehende Konferenz in London

* Paris, 26. Juli. (Tel.) „Havas“ meldet aus London: Lord
Balfour soll gestern Poincaré mitgeteilt haben, daß die britische
Regierung sehr glücklich sei, ihr nächste Woche, so wie er vorschlug, in
London zu sehen. Die italienische Kabinettskrise könnte jedoch bis
Italiener verhindern, ihren Vertreter zu einem so nahen Zeitpunkt
zu entsenden. Außerdem sei wegen der verschiedenen Fragen, die im
Laufe der Konferenz zu diskutieren seien, die Anwesenheit von Ver-
tretern Belgiens und Spaniens notwendig. Laut „Chicago Tribune“
habe die englische und französische Regierung Belgien und Italien
geitern zur Entsendung eines Vertreters zur Londoner Konferenz
aufgefordert. Auch Spanien wurde eingeladen. Angesichts des nahe
bevorstehenden Zeitpunktes der Konferenz beschloß die Repa-
rationskommission, die Beantwortung des deutschen
Moratoriumsgesuches aufzuschieben, bis die Regie-
rungen darüber verhandelt hätten.

Litwinow über die Haager Konferenz

* Berlin, 25. Juli. Der stellvertretende Kommissar des Aus-
wärtigen, Litwinow, hat nach seiner Ankunft aus dem Haag in
Berlin Vertretern der Weltpresse Mitteilungen über den Verlauf
der Haager Konferenz und deren Folgen gemacht. Litwinow
sagte in englischer Sprache etwa folgendes: Die Haager Konferenz sei
vielleicht die erste Konferenz in Europa gewesen, die bereits mit der
Absicht begonnen wurde, sie scheitern zu lassen. Eine Einigkeit der
nicht-russischen Kommission sei nur auf dem Boden der Negation zu er-
reichen gewesen. Litwinow habe, in dem Versuch, trotzdem zu etwas
Positivem im Haag zu kommen, die Frage gestellt, ob die russische Re-
gierung durch ihre Delegierten bestimmte Erklärungen abgeben könnte.
Bezeichnender Weise habe der englische Delegierte erklärt, daß das den
Weg zu weiteren Verhandlungen öffne. Trotzdem habe dann die
nicht-russische Kommission den Vorschlag Litwinows abgelehnt. Auch
der englische Delegierte habe dann in der Kommission sich für die Ab-
kehrung ausgesprochen. Man habe in gewissen Kreisen der nicht-
russischen Kommission entschieden gefürchtet, daß eine annehmbare
Antwort aus Moskau eintreffen könne, die zur Uneinigkeit
innerhalb der nicht-russischen Kommission hätte führen
können. Litwinow betonte besonders, daß er niemals im Haag ge-
sagt habe, daß Russland auf Kredite verzichte. Die russische Regierung
werde den Weg individueller Verhandlungen mit den einzelnen Re-
gierungen suchen, denn der Versuch einer internationalen Regelung
sei nach den Erfahrungen im Haag von vornherein zum Scheitern ver-
dammt.

Polen und Deutschland

(Von unserem Berliner Vertreter)

Berlin, 22. Juli 1922.

Die deutsche Delegation unter Führung des Ministerialdirektors von Stochhammer, die in Warschau die Verhandlungen mit den Polen wieder aufnehmen hatte, wird bei ihrer Rückkehr mit Erfolge hinweisen können, denn, wie schon kurz gemeldet wurde, haben diese Verhandlungen einen günstigen Verlauf genommen, so daß Polen nunmehr den Transit nach Rußland freigibt, während Deutschland hinsichtlich der Warenausfuhr Polen ebenso behandelt wie andere valutaschwache Länder. Ob aus diesem Verlauf der Warschauer Verhandlungen allerdings Schlüsse auf die kommenden Verhandlungen, die im September beginnen sollen, gezogen werden dürfen, scheint zweifelhaft. In Warschau handelte es sich nur um Vorverhandlungen, in denen zunächst das Programm und die Arbeitsmethode für die Hauptverhandlungen festzusetzen war. Das ist gelungen, das vereinbarte Programm ist inzwischen auch von dem deutschen Bevollmächtigten von Stochhammer wie auch von dem polnischen Bevollmächtigten Dłuzki unterzeichnet worden. Eine andere Frage ist allerdings, inwieweit sich dies Programm später wird einhalten lassen. Polen durchlebt ja gerade jetzt eine sehr schwere Krise, und es ist im Augenblick unmöglich zu sagen, wie der Kampf zwischen der Linken und der Rechten um die Herrschaft im Staat, dieser Kampf Pilsudski gegen Korfanty auslaufen wird. Daß aber ein Robinnett Korfanty, wenn es ihm möglich sein sollte, sich längere Zeit am Ruder zu halten, keine deutschfreundliche Politik treiben wird, braucht wohl kaum besonders betont zu werden. Niemand wird einen solchen Kurs von einem Mann erwarten, an dessen Händen das in den obersteleischen Aufständen vergossene Blut klebt.

Ganz zweifellos gibt es aber auch in Polen eine sehr große Zahl von Anhängern der Verständigungspolitik, und die Zahl dieser Politiker ist noch im Wachsen begriffen. Man kann die Augen eben nicht vor den wirtschaftlichen Tatsachen verschließen. Die Zahlen sprechen hier eine gar zu deutliche Sprache, als daß man sie überhören könnte. Nach einer Angabe des früheren polnischen Handelsministers Dr. Gacia bezog Polen vom 1. Januar 1920 bis zum 30. Juni desselben Jahres etwa 90 Prozent seiner gesamten Einfuhr aus Deutschland. Für die neuere Zeit liegt eine Tabelle der polnischen Fachzeitschrift Industrie und Handel vor, aus der sich ebenfalls ergibt, daß Deutschland im Import und Export Polens die erste Stelle einnimmt. Polen ist auf Deutschland wirtschaftlich geradezu angewiesen, da es nicht weniger als 62,1 Prozent aller Auslandswaren aus Deutschland bezog und rund 50 Prozent seines gesamten Exportes an Deutschland und Österreich absetzte. Daß auch für den polnischen Staat sich durch den Transitverlehr nach Rußland neue Möglichkeiten eröffnen, wenn später einmal das russische Geschäft wieder aufblüht, wird man in Warschau nicht übersehen. Für beide Teile ist es vorteilhaft, wenn Polen die Transitbrücke nach Rußland bildet. Das Streben der deutschen Regierung nach einer befriedigenden Regelung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen wird denn auch, worauf ja auch der deutsche Gesandte Ulrich Rauher in der polnischen Presse hingewiesen hat, von den deutschen Industrie- und Handelskreisen nachdrücklich unterstützt, wie man im übrigen auch auf polnischer Seite in diesen Kreisen den Fortfall der jetzt bestehenden Hemmnisse und Schwierigkeiten fordert, man kann eben wirtschaftliche Zusammenhänge nicht ignorieren, ohne die beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen ernstlich zu schädigen. Darüber wird man sich auch in den Kreisen der polnischen Regierung klar werden müssen, und man wird einsehen müssen, daß eine Barrierepolitik alles andere nur nicht den wirtschaftlichen Aufbau des jungen Staates erreichen kann.

Bei den kommenden Hauptverhandlungen wird es sich nun allerdings nicht nur um wirtschaftliche Fragen handeln, vielmehr ist das Programm außerordentlich umfangreich. Schon die finanzielle Auseinandersetzung, die Verwaltungsabrechnung, gegenseitige Forderungen, Schadenersatzansprüche usw., bildet einen sehr umfangreichen und komplizierten Fragenkomplex. Vor allem muß aber auch über die Frage des Minoritätenrechtes verhandelt werden. Wie das mit einem Kabinett Korfanty, dessen Kandidatur nach den Worten des Vertreters der deutschen Minderheit ein Schlag ins Gesicht der Minderheit war, geschehen soll, ist nicht recht ersichtlich. Wie nötig aber gerade diese Verhandlungen sind, das geht daraus hervor, daß die deutsche Bevölkerung in Polen sich in zwei Jahren um 567 000 Seelen verringert hat, was nur auf einen Druck der polnischen Behörden zurückgeführt werden kann. Wiederholt haben sich die Vertreter des Deutschtums in Polen mit Beschwerden an den Völkerbund gewandt, ohne daß die polnische Regierung es für nötig erachtet hat, ihren Verpflichtungen gegenüber der deutschen Minderheit nachzukommen. Die Umstellung des deutschfeindlichen Kurzes im Innern ist aber eine der ersten Voraussetzungen für die Schaffung eines guten Verhältnisses zu Deutschland.

Es wird daher in den Hauptverhandlungen eine große Zahl dornenreicher und schwieriger Fragen zu regeln sein, deren Lösung aber, wenn nur auch auf polnischer Seite der gute Wille vorhanden ist, durchwegs möglich ist. Bis hier sind ja leider alle Versuche, die deutsch-polnischen Beziehungen durch Verträge zu regeln, gescheitert. Man kann nur im Interesse beider Länder wünschen und hoffen, daß die Verhandlungen diesmal unter einem günstigeren Stern stehen und endlich zum Abschluß umfassender Verträge führen. W. A.

Das deutsch-polnische Vorabkommen

* Berlin, 25. Juli. Die deutsch-polnischen Vorbesprechungen in Warschau führten am 20. Juli zur Unterzeichnung eines Protokolls folgenden Inhalts: 1. Deutschland und Polen einigten sich über das Programm für die bevorstehenden deutsch-polnischen Verhandlungen. 2. Bezüglich der Ausfuhr wird Deutschland künftig Polen ebenso behandeln wie andere Länder und auch die Preise für die nach Polen auszuführenden Waren nach denselben Regeln festsetzen, die anderen Ländern mit niedrigem Wechselkurs gegenüber angewandt werden. Die Wirtschaftskommission, die bei den Verhandlungen gebildet werden wird, wird die Einzelheiten festsetzen. 3. Deutschland wird davon absehen, von Pferden, die es gemäß dem Wiesbadener Abkommen vom 3. 6. 1921 an Polen abwandern lassen, die Polen den aus Polen abwandern den Opanten abgenommen hat. Dafür wird die Frage, ob Polen das Recht hatte, die Opantenpferde zurückzubehalten, bei den deutsch-polnischen Verhandlungen von der juristischen Kommission entschieden werden, und zwar mit rückwirkender Kraft. 4. Polen erklärt sich bereit, die Durchfuhr deutscher Waren nach Rußland und der Ukraine durch sein Gebiet zu gestatten; Einzelheiten werden von der Wirtschaftskommission bei den deutsch-polnischen Verhandlungen festgelegt. 5. Polen wird unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um das Bromberger Abkommen vom 2. 11. 1920, auf Grund dessen Polen eine Anzahl Schiffe an Deutschland zurückzugeben und bestimmte Zahlungen zu leisten hatte, völlig durchzuführen. Endlich wurde auch das Reglement für die deutsch-polnischen Verhandlungen vereinbart, wonach zunächst sechs Kommissionen gebildet werden sollen. Die Verhandlungen beginnen am 1. 9. in Dresden.

Erhöhung des polnischen Banknotenumlaufs

* Warschau, 25. Juli. Nach dem Præzlad Wiczorny brachte die Regierung einen Antrag ein, der Sejm möge eine weitere innere Anleihe von 270 Milliarden zur Erhöhung des Banknotenumlaufs um 240 Milliarden beschließen.

Die Präsidentenfrage in Litauen

Wie die „Lit. Tel.-Ag.“ aus Kowno meldet, wurde die Frage über den Staatspräsidenten nach scharfen Debatten in der litauischen Konstituante im Sinne der rechten Fraktionen entschieden, d. h. es wurde festgelegt, daß der Staatspräsident nicht gleichzeitig das Amt eines Landtagspräsidenten bekleiden kann. Zu scharfen Debatten kam es über die Kompetenz des Präsidenten, die die linken Parteien einschränken wollten.

Neues vom Tage

Fehlerte in Westdeutschland

* Berlin, 26. Juli. (Tel.) Infolge großer Trockenheit während der Zeit vom Mai bis Mitte Juni ist in weiten Gebieten des Westens eine vollkommene Fehlerte zu verzeichnen, die besonders im größten Teil der Rheinprovinz und der bayerischen Pfalz zu Notständen führte. In Berücksichtigung dieser Verhältnisse verfügte das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft nach Besprechung mit den zuständigen Landesstellen eine wesentliche Ermäßigung des ursprünglich festgesetzten Getreidemesspreises für die preußische Rheinprovinz, die bayerische Pfalz und Rheinhessen.

Nikolai Nikolajewitsch in Bayern

* Berlin, 26. Juli. (Priv.-Tel.) Die Berliner russische Zeitung „Rube“ teilt mit, daß der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der bekannte höchste Befehlshaber der russischen Armee im Weltkrieg, aus Italien, wo er bisher lebte, nach Bayern übersiedelte. Der Großfürst nimmt seinen Wohnsitz in Oberbayern in der nahen Nachbarschaft des Herzogs von Leuchtenberg, der bekanntlich die russische Monarchistenorganisation wirtschaftlich sehr lebhaft unterstützt.

Amundsens Nordpolflug verschoben

Nach den neuesten Nachrichten aus Kanada ist Roald Amundsen in der Behringstraße auf so große Mengen Treibeis gestoßen, daß die Fahrt seines Polarschiffes „Naud“ weiter verzögert wurde. Das Schiff ist noch nicht an dem Nordkap von Alaska, Point Barrow, angekommen und der geplante Flug über den Nordpol hat infolgedessen verschoben werden müssen. Das Schiff befand sich am 18. Juli in der Nähe der Good Hope-Bay und des Kogebue-Sundes, ein paar hundert Kilometer von Romne entfernt.

Emile Loubet †

Der frühere Präsident der französischen Republik Emile Loubet ist gestorben.

Durch eine Explosion in Stücke gerissen

In Heitzendorf bei Kiel erfolgte, laut „Berl. Tagebl.“, im Nebengebäude einer Villa, in dem ein Schlosser mit Sprengmaterial arbeitete, eine Explosion, die die Villa zu einem Trümmern zerstörte. Der Schlosser wurde in Stücke gerissen.

Ein Opfer seines Berufes

* Wiener-Korrespondenz, 26. Juli. (Tel.) In der Nacht zum Dienstag stieß ein aus Graz kommender Schnellzug vor der Einfahrt in den hiesigen Bahnhof mit einem Güterzug zusammen. Vier Güterwagen und der Dienstwagen des Schnellzuges wurden zertrümmert. Der Lokomotivführer des Schnellzuges wurde getötet.

Explosion in einem Munitionsdepot

* Madrid, 26. Juli. (Tel.) Im Munitionsdepot in Soria explodierte eine Patrone in den Händen eines Arbeiters und rief dadurch eine Feuerbrunst in dem Depot hervor. 13 Personen wurden getötet, 18 schwer und viele leicht verletzt. 14 Häuser wurden zerstört.

Nordhelfes Krankheit

Lord Northcliffe leidet, wie der Pariser Berichterstatter der „Voff. Ztg.“ von einem seiner persönlichen Bekannten erfahren hat, an Arterienverkalkung im letzten Stadium. Man nimmt an, daß er im günstigsten Falle noch zwei bis drei Monate zu leben hat.

Sowjetszahlen

Wie die Lettische Telegraphen-Agentur aus Moskau meldet, weist das räterussische Budget von Juli bis zum September folgende geradezu astronomische Zahlen auf: 360 020 000 000 000 Räterubel; Ausgaben: 760 449 669 822 000 Räterubel. Das Defizit beträgt 400 429 669 822 000 Räterubel. Die Ausgaben des Wehr- und Marinekommissariats betragen 74 752 738 000 000 Räterubel.

Der 22. internationale Friedenskongress

* London, 26. Juli. (Tel.) Gestern wurde in Anwesenheit von 500 Delegierten, die 20 Nationen vertreten, der 22. internationale Friedenskongress eröffnet. Bis her der Vertreter der britischen Regierung, erklärte in seiner Rede, das Hauptziel der britischen Politik sei die Erhaltung des Friedens. Die britische Regierung wünsche, daß Deutschland in diesem Jahr um die Zulassung zum Völkerbund nachdrücklich (Beifall), damit der verächtlich erhobene Vorwurf, der Völkerbund sei eine Einrichtung zur Förderung der Interessen und der Politik der siegreichen Nationen, endgültig und wirksam beseitigt würde. Die Welt müsse von der Last der Rüstungen befreit werden, damit wenigstens während einer Generation ein neuer großer Krieg unmöglich sei. Der König sandte an den Kongress ein Begrüßungstelegramm.

Die schwierige Palästinafrage

* London, 26. Juli. (Tel.) „Reuter“ erzählt, daß die arabische Delegation aus Palästina an die Außenminister Englands, Frankreichs und Italiens sowie an den Völkerbund und die britischen Kolonialmächte eine Mitteilung gesandt hat, worin gegen die Bestätigung des Mandats für Palästina durch den Völkerbund energischer Protest erhoben wird.

Nach einer Londoner Blättermeldung aus Kairo wurden in Syrien nach Bekanntgabe der Bestätigung des französischen Mandats durch den Völkerbund 34 französische Soldaten, darunter zwei Offiziere, getötet.

Vergiftete Kugeln für Lenin

Im Moskauer Prozeß der Sozialrevolutionäre vernahm das Tribunal den Angeklagten Koslow, der der Teilnahme am Attentat auf Lenin bezichtigt wird. Koslow erklärte alle Meetings besucht zu haben, an denen Lenin teilnahm, wobei er einen Bronning mit sich führte, dessen Kugeln von Semenow vergiftet worden waren.

Kurze Nachrichten

Der deutsche Reichspräsident wird auf Einladung des Hamburgerischen Senats am 17. August an dem Empfang in Mathaus teilnehmen, der anlässlich der Hamburger Uebersee Woche stattfindet. Der Besuch ist auf zwei Tage berechnet. Es ist eine Besichtigung des Hafens und ein Besuch des Reichspräsidenten in Altona vorgesehen.

Wie die „B. A. am Mittag“ meldet, tritt Oberregierungsrat v. Glasenapp, der langjährige Leiter der Theaterabteilung des Berliner Polizeipräsidiums, am 1. Oktober in den Ruhestand.

Vor einiger Zeit wurde mitgeteilt, daß der russische General Fürst Awalow, der von Preußen ausgewiesen worden ist, weil er Orden verliehen habe. Jetzt ist, wie die Polizeibehörde im „Deutschen Anzeiger“ für den Regierungsbezirk Schleswig“ bekannt gibt, Fürst Awalow, ohne Verurteilung, geboren am 4. März 1884 zu Kurort, inhaftig in Rußland, auch aus dem Hamburger Staatsgebiet als lästiger Ausländer ausgewiesen worden.

Die Stadtverordneten in Köln haben beschlossen, den Teil des Deutschen Ringes von der Meuserstraße bis zur Großbergerstraße nach der Republik, ferner je eine Straße oder einen Platz nach Athenan und Eraberger zu benennen, wovon die Verfassungskommission Vorschläge machen soll.

Die deutsche Sammlung „Brüder in Not“ für die Ausländer hat bisher rund 6 Millionen dem deutschen Roten Kreuz für die Unterstützung der Hilfstransporte mit Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten zur Verfügung gestellt. Weitere Hilfsmittel werden vorbereitet. Man achte demnach in die Hungergebiete an der Wolga und im Schwarzmeergebiet ab.

Keine Lösung der italienischen Regierungskrise

* Rom, 26. Juli. (Priv.-Tel.) Auch Bonomi gelang es nicht, ein neues Kabinett zustande zu bringen. Während gestern die parlamentarische Gruppe der Reformisten einstimmig beschloß, ihn zu unterstützen, haben die Giolittianer eine Teilnahme abgelehnt. Bonomi legte infolge der Schwierigkeiten die ihm übertragene Mission in die Hände des Königs zurück.

Die Unruhen in Italien

* Roma, 25. Juli. (Tel.) Vergangenen Sonntag kam es in Magenta zu Kämpfen zwischen den Sozialisten und Faschisten, wobei das dortige Arbeiterhaus zerstört wurde. In Pisa wurde das kommunistische Vereinshaus in Brand gesteckt. In Romello wurde während einer Faschistenparade der Sekretär der Faschisten durch Kommunisten schwer verletzt.

Die Deutschnationalen gegen das Memorandum des Garantiekomitees

* Berlin, 26. Juli. (Tel.) Die deutschnationale Reichstagsfraktion richtete, der „Dtsch. Tagesztg.“ zufolge, eine Erklärung an den Reichstagspräsidenten Loebe, in der sie gegen die Annahme des Memorandums des Garantiekomitees durch die Reichsregierung scharfen Einspruch erhebt und bemängelt, daß die Reichsregierung die Zustimmung des Reichstags zu diesem Schritt, der die wichtigsten Souveränitätsrechte preisgibt, nicht eingeholt hat. Die deutschnationale Fraktion verlangt angesichts dieser Sachlage die sofortige Einberufung des Reichstags.

Junger und Parteipolitik

* München, 25. Juli. Der Kreisbezirksverein München hat eine Entscheidung angenommen, die sich dagegen wendet, daß man sich um parteipolitische Fragen streite, während das Volk langsam verhungere. Die Gesundheitsverhältnisse verschlechtern sich von Tag zu Tag, die Zahl der Tuberkulosefälle und die Sterblichkeit der Säuglinge nehme ständig zu, ja, selbst Fälle von Skorbut treten auf.

Eine neue Geheimorganisation aufgedeckt

* Altona, 25. Juli. Wie der Polizeipräsident von Altona mitteilt, gelang der Altonaer Polizei vor etwa 14 Tagen die Aufdeckung einer nationalsozialistischen Geheimorganisation. Bis jetzt sind zwei Personen verhaftet worden. Die Akten sind durch den Oberstaatsanwalt in Altona bereits dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik übergeben worden. Den Beamten der Altonaer Fremdenpolizei war es aufgefallen, daß außerordentlich viele frühere russische Offiziere nach Altona kamen, um im Hafen Arbeit zu nehmen. Sie gaben an, auf Veranlassung eines Rittmeisters v. Raben nach Altona gekommen zu sein. Die Ruffen sind inzwischen ausgewiesen worden. Rittmeister v. Raben war im Baltikum Adjutant des Fürsten Awaloff, Bernoulli, mit dem er freundschaftliche Beziehungen unterhielt. Er entsprach mit der Unterbringung der Ruffen in hiesigen Arbeitsstellen einem Wunsch des Fürsten. Raben unterhält und leitet eine Geheimorganisation namens „Nächende Hand“, die aus früheren Angehörigen eines Freikorps besteht. Der Polizeibericht veröffentlicht die Statuten dieses Vereins, in denen u. a. gesagt ist, es sei die Hauptaufgabe des Vereins, die deutsche Republik zu stützen und eine Monarchie zu errichten. Raben war am Rapp-Vulch aktiv beteiligt und gehörte dann der Brigade Ehrhardt an. Er entfloh nach Ungarn, kehrte nach der Amnestierung zurück und war dann zunächst in der Orde, hierauf im obersteleischen Grenzschutz tätig.

Blutiges Ende von Kundgebungen

In Clausthal (Harz) ist es am Sonntag gelegentlich einer Demonstration der kommunistischen Arbeiterjugend zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Studierenden der hiesigen Staatlichen Bergakademie gekommen, in deren Verlauf ein jugendlicher Demonstrant getötet und mehrere Studenten schwer verwundet worden sind. Auf dem Bahnhof Clausthal gab der Student Karl Bode aus Köln Ehrenfeld seinem Mißfallen über die Demonstration der kommunistischen Jugend Ausdruck. Es kam zu Tätlichkeiten, wobei Bode zwei Schreckschüsse in die Luft abgab und dann in den Wartesaal flüchtete. Die erregte Menge verfolgte ihn und als die Tätlichkeiten fortgesetzt wurden, zog der Student seinen Revolver von neuem und gab einen Schuß in die Menge ab, der einen jugendlichen Demonstranten, den 15jährigen Karl Verzagt aus Holzminde so schwer verletzte, daß er gleich darauf verstarb. Dem Studenten wurde darauf von den Kommunisten mit einem Stuhlbein der Schädel eingeschlagen und ihm andere schwere Verletzungen beigebracht. Die Kommunisten marschierten dann in die Stadt und drangen auf ihrem Wege in die Räumlichkeiten einer Reihe studentischer Verbindungen ein, wo sie Kaiserbilder, Büsten, sowie studentische Embleme und Insignien von den Wänden rissen und zum Fenster herauswarfen. In der Stadt selbst kam es dann noch zu weiteren Zusammenstößen mit Studenten, wobei mehrere von ihnen mehr oder minder erhebliche Verletzungen erlitten.

Wendung in der polnischen Ministerkrise

* Warschau, 25. Juli. (Tel.) In der polnischen Ministerkrise infolgedessen eine Wendung eingetreten, als das Zentrum bereit erklärte, mit der Linken über die Grundlage für die Bildung eines aus den Vertretern beider Gruppen bestehenden Kabinetts zu verhandeln. Als zukünftiger Ministerpräsident wird der frühere österreichische Abgeordnete Dr. Steskalowicz genannt.

In einer Eisenbahnkonferenz in Königsberg

hat, wie das Kownoer „Echo Litwy“ meldet, das litauische Verkehrsministerium eine Einladung vom deutschen Reichseisenbahnministerium erhalten. Auf der Konferenz soll weiter über die Frage des direkten Personen- und Güterverkehrs Deutschland-Rußland im Transit durch Litauen und Lettland verhandelt werden.

Einigung im Hamburger Schiffsahrtstreik

* Hamburg, 26. Juli. (Tel.) Am Dienstag nachmittag begannen im Arbeitsamt in Hamburg erneut die Verhandlungen zwischen den Schiffsahrtstreikern. Sie führten nach 14stündiger Dauer am 26. Juli um 4 Uhr zu einem vorläufigen Abschluß des Ausstands. Zwischen den Parteien wurden außer der Lohnregelung folgende Bedingungen vereinbart: Alle Strafentwürfe, die anlässlich des Streiks gestellt wurden, müssen zurückgezogen werden. Maßregelungen müssen nicht statt. Gemakreelte sind wieder einzustellen. Ueber einige noch übrigbleibende Punkte des eingereichten Entwurfs des Manteltarifs soll anschließend an die jetzigen Verhandlungen der Streikständig bis spätestens 14 Tage nach der Wiederaufnahme der Arbeit erzielt werden. Ergibt die Reichsstatistik, daß die Augularlöhner Punkte über die Zulöhner hinausgeht, so haben die Parteien innerhalb acht Tagen nach der Herausgabe der Indeziffern neue Verhandlungen über die Deckerlöhne einzuleiten. Die Parteien verpflichten sich, in ihren Organisationen für die Annahme der Bedingungen einzutreten und zu sorgen, daß die Aufnahme der Arbeit in allen Seehäfen bis spätestens den 28. Juli, morgens, erfolgt.

* Aus dem kommunistischen „Arbeiterparadies“. Am 14. Juli streikten in Moskau einen Tag lang die Arbeiter fast aller Fabriken, um Protest gegen die Nichtzahlung ihrer Löhne zu äußern. Dieser Streik ist der erste organisierte Protest der Arbeiterklasse, der bisher streikten stets einzelne Fabriken ohne vorherige Vereinbarung.

Nach einer Mitteilung des Eisenbahnzentralsamtes in Berlin kommen die Arbeitskräfte für sämtliche deutsche Eisenbahnen zu erwarten, der das Ablegen der Arbeitskräfte anordnet. Die deutschen Briefmarken der Germania type werden dem Ablauf des 31. Oktober unzulässig. Das Reichspostministerium gibt bekannt, daß nur bis zu diesem Tage die Marken gegen neue Fertigung eingetauscht werden.

Memelgau und Nachbarn

Königsberg, 26. Juli. (Priv.-Tel.) [Zum Ehrenhof...

Königsberg, 25. Juli. [Zu den Zeitungsverboten]...

Königsberg, 26. Juli. (Priv.-Tel.) [Wom Zug überfahren]...

Kleine Chronik
In Allenstein ist die Gründung einer Beamtenbank...

Gerichtszeitung

Memeler Schöffengericht

(Sitzung vom 22. Juli 1922)

Nichtablieferung von Waffen. Gelegentlich einer polizeilichen Hausdurchsuchung wurden bei dem Arbeiter Korallus von hier...

Zu den Strafkammerberichten vom 13. Juli (Einbruch bei der Produktivbaugenossenschaft in Memel)...

Kofales

Memel, den 27. Juli 1922.

[Schöffengericht.] Als Schöffen für den Monat August sind folgende Herren angeordnet: Zum 1. August Besitzer Michel Bugwitz...

[Die Memeler Wissenschaftliche Woche] ist zu ihrem vollen pädagogischen Gelingen auf die Unterstützung des Publikums angewiesen.

[Zur Leipziger Messe] verkehrt Freitag, den 25. August, abends ein Gesellschaftszug...

[Raucher und Nichtraucher 4. Klasse.] Die Einheitswagen 4. Klasse sollen auch wie die D-Zugwagen mit Schildern ausgerüstet werden...

[Eine allgemeine Mieterversammlung] veranstaltete, wie uns berichtet wird, der hiesige Mieterbund am vergangenen Dienstag...

Kommission des Staatsrats hat, in der dieselben Vertreter der Organisationskommissionen gehört wurden. Die Wohnungskommission hat dann in derselben Sitzung die Grundzüge der zu erlassenden Verordnung festgestellt...

Die am 25. Juli 1922 im Schützenhaus veranstaltete organisierten und nichtorganisierten Mieter stellen sich einmütig hinter die vom Verband der Mieterbünde des Memelgebietes in seiner Eingabe vom 18. Juli d. J. gemachten Ausführungen...

Memeler Handels- und Schiffsahrtszeitung

Berliner Börse

* Berlin, 26. Juli. (Tel.)

Bei der durch Bayerns Sondervergehen geschaffenen innerspolitischen Spannung kann es zu Aenderungen der lustlosen abwartenden Haltung der Börse nicht kommen, zumal heute wieder die bekannte Gelbfarbe der Spekulation wegen des Ultimo stärker betont wurde...

Kurs-Devisen

Table with columns for date (26. Juli, 25. Juli) and various financial instruments like Deutsche Bank, Nationalbank, etc.

Telegraphische Andeutungen:

Table showing telegraphic news and exchange rates for various cities like Amsterdam, London, Paris, etc.

Markkurse im Ausland: Amsterdam: 0.49%, bis 0.50, Zürich: 1.02 bis 1.03, Kopenhagen: 0.90 bis 0.91, Stockholm: 0.74 1/2 bis 0.75 1/2, London: 2275. (Priv.-Tel.)

As. Vom Berliner Schlachtviehmarkt. Berlin, 26. Juli. (Priv.-Tel.) Gegenüber dem letzten Sonnabendmarkt war die Stimmung auf dem heutigen Schlachtviehmarkt etwas freundlicher.

Vom Berliner Produktmarkt. Berlin, 26. Juli. (Tel.) Am Produktmarkt war die Stimmung durchschnittlich zwar etwas fester, aber doch unsicher.

Diese Entschliessung fand einstimmige Annahme. Auf Vorschlag von Frau Kuhn wurde darauf eine zehngliedrige Kommission aus organisierten und nichtorganisierten Mietern aller Berufsstände gewählt...

[Diebstahl.] In der Nacht zum 22. Juli wurden einer hiesigen Firma durch Einbruch folgende Gegenstände gestohlen: Eine weißlackierte Küchenwaage, 10 kg. Tragfähigkeit, ca. 20 Küchenbeile mit Stiel, ca. 15 Wollnadeln ohne Stiele...

Standesamt der Stadt Memel

vom 26. Juli 1922

Aufgeboren: Bankbeamter Fritz Walter Falkenau von hier mit Lebertochter Friede Hildegard Krutshinna, ohne Beruf, von Paaschlen.

Geschließung: Seefahrer Emil Heinrich Arthur Wannags mit Helene Margarete Barkmann, ohne Beruf, beide von hier.

Geboren: Eine Tochter: dem Landespolizeimeister Jens Pruffas von hier. — Eine uneheliche Geburt weiblichen Geschlechts.

Gestorben: Arbeiter Friedrich Wilhelm Becker, 64 Jahre alt; Bahnassistentenwitwe Marie Nomenit, geb. Hennig, 57 Jahre alt, von hier. Herbert Kurt Kühn, 2 Wochen alt, von Schmels.

* Die Breslauer Herbstmesse vom 3.-8. September ist nun schon die zehnte im Reigen der bisherigen Veranstaltungen. Die Entwicklung ist ständig aufwärts und vorwärts gegangen...

X Der kommende preussische Holzeinschlag. Wie wir aus Berlin erfahren, ist im kommenden mit dem 1. Oktober beginnenden Forstwirtschaftsjahr nach den bisher vorliegenden Schätzungen mit einem Gesamteinschlag von etwa 40 Millionen Hektometer zu rechnen...

Memeler Schiffsnachrichten

Ausgasaugen

Table with columns: Nr., Schiff, Kapitän, Nach, Mit, Mutter. Includes ship names like Egel S.D., Wölfe, Winterpenholz, etc.

Regelhand: 0.66. — Wind: N.N. 5. — Strom: ein. — Zulässiger Tiefgang: 6.3 m.

Wetterwarte

Wettervorhersage für Donnerstag, den 27. Juli: Wolkig, zeitweise Regen und ziemlich kühl bei mäßigen nordwestlichen Winden.

Temperaturen in Memel am 26. Juli. Morgens 6 Uhr: + 16.1, 9 Uhr: + 16.8, mittags 12 Uhr: + 17.0, nachm. 3 Uhr: + 16.8, 5 Uhr: + 17.1 Grad Celsius.

Witterungsübersicht von Mittwoch, den 26. Juli, 8 Uhr morgens. Bei mäßigen westlichen bis nordwestlichen Winden herrschte gestern in unserm Bezirk kühleres, wolfiges Wetter, stellenweise mit leichten Regenschauern.

Table with columns: Beobachtungs-orte, Wetter, Grad Cels., Niederschlag mm, Beobachtungs-orte, Wetter, Grad Cels., Niederschlag mm. Includes locations like Rönigsbg., Memel, etc.

Wetter-Bericht für die Ostseehäfen von Mittwoch, den 26. Juli, 8 Uhr morgens. Uebersicht der Witterung: Luftdruck: Hochdruckgebiete 764 Grönland, 760 Frankreich, Tiefdruckgebiete 750 Litauen, 747 Island. — Wind: Nordsee frische Nordwestwinde, Ostsee mäßige Westwinde. — Wetter: Meist trübe, östliche Ostsee regnerisch, morgen Fortdauer.

Table with columns: Stationen, Barometer mm, Wind Richtung | Stärke, Wetter, Temperatur Celsius, Bemerkungen. Includes stations like Schwedens, Memel, etc.

Staatsrat des Memelgebiets

(Schluß des Berichts aus der gestrigen Nummer)

Erhöhungen von Steuern

Es lagen sodann dem Staatsrat eine Reihe Gesekentwürfe über Erhöhungen von Steuern vor. Der Referent für Zollfragen im Bundesdirektorium Dr. Vongehr wies darauf hin, daß der vom Land ausgeführte Branntwein durch die letzten Zollsenkungen mit 25 Prozent mehr belastet wurde. Es sei deshalb notwendig, daß auch der

im Inland erzeugte Branntwein,

einen Preisausgleich herbeizuführen, eine Heraushebung der Steuer erfahre. Die Vorlage sieht deshalb vor, die innere Abgabe auf Branntwein um 25 Prozent zu erhöhen, und zwar für den 1000 Hektoliter 105 M., von den folgenden 10000 110 M., von den folgenden 10000 115 M., von den folgenden 30000 120 M. usw. bemessen soll.

Dr. Vongehr wies darauf hin, daß ausländisches Bier gleich einem erhöhten Zoll um 25 Prozent tragen müsse, was für den 1000 Hektoliter 105 M. betrage. Es sei deshalb auch angebracht, daß auch das im Inland erzeugte Bier, um eine gute Qualität sicherzustellen, gleichfalls einer ähnlichen Erhöhung der Steuer unterworfen werde. Auch wenn wir die Inlandabgabe für das Bier nicht erhöhen, werden wir trotzdem im Gasthaus kein gutes Bier bekommen, denn die Preise richten sich dort immer nach dem gewöhnlichen Grad nach den deutschen.

Staatsr. Pannars hat, von der erhöhten Biersteuer Abstand genommen. Die Vorlage wurde schließlich angenommen.

Zu einer Erhöhung der Biersteuer

Die Vorlage vor, daß die Biersteuer für jedes Hektoliter der in der Brauerei innerhalb eines Rechnungsjahres hergestellten Mengen von den ersten 2000 Hektoliter 100 M., von den folgenden 2000 Hektoliter 105 M., von den folgenden 10000 110 M., von den folgenden 10000 115 M., von den folgenden 30000 120 M. usw. bemessen soll.

Dr. Vongehr wies darauf hin, daß ausländisches Bier gleich einem erhöhten Zoll um 25 Prozent tragen müsse, was für den 1000 Hektoliter 105 M. betrage. Es sei deshalb auch angebracht, daß auch das im Inland erzeugte Bier, um eine gute Qualität sicherzustellen, gleichfalls einer ähnlichen Erhöhung der Steuer unterworfen werde.

Auch wenn wir die Inlandabgabe für das Bier nicht erhöhen, werden wir trotzdem im Gasthaus kein gutes Bier bekommen, denn die Preise richten sich dort immer nach dem gewöhnlichen Grad nach den deutschen.

Staatsr. Pannars hat, von der erhöhten Biersteuer Abstand genommen. Die Vorlage wurde schließlich angenommen.

Zolldirektor Schraye: In Deutschland sind die Sätze erhöht. Die hiesigen Kaufleute richten sich jedoch nach den Preisen in Deutschland und gehen ohne weiteres in die Höhe, ob wir die Steuer erhöhen oder nicht.

Staatsr. Rasthal erklärt, daß die Steuer viel zu hoch sei auch im Vergleich zu Deutschland. Der Referent Vongehr erklärte: Wenn wir nur das ausländische Bier erhöhen und das inländische nicht, dann wird keine ausländische Ware mehr hereinkommen.

Landespräsident Dr. Steputat: Als der Bierzoll erhöht wurde, hat das Deutsche Reich vorstellig und sagte, das widerspreche dem Geist des Handelsvertrags. Wir machten die Einfuhr von deutschem Bier unmöglich. Wir haben gesagt, daß Deutschland einen viel höheren Bierzoll erhebe. Deutschland hat daraufhin erklärt, es sei nicht imstande, mit uns zu verhandeln über eine einseitige Herabsetzung des Zolles auf Bier.

Staatsr. Rasthal führte aus, daß man seinerzeit davon ausgegangen sei, die hiesige Bierindustrie zu schützen. Das Deutsche Reich erhob für Memeler Bier einen Zoll von 850-900 M. pro Hektoliter, wozu außerdem der Goldzuschlag kommt. Wir erheben ein weit geringeren Zoll. Es wäre doch recht und billig, daß wir die gleiche Höhe wie in Deutschland erheben. Deutschland erhebt jetzt 10 Pf. 40 Pf. für das Liter, während hier 1 M. pro Liter vorliegt.

Staatsr. Rasthal wies darauf hin, daß die Brauereien in einem Rat im „Memeler Dampfboot“ bereits eine Erhöhung für das Jahr um 3 M. pro Liter, für Flaschenbier um 1,50 M. pro Flasche angedeutet hätten. Sie erklärten dabei, daß diese Preisermäßigung im Hinblick auf diejenige des Schutzverbandes der Norddeutschen Brauereien geschehen sei. Somit sei eine Bierpreiserhöhung noch Erhöhung der Steuer durch die Brauereien erfolgt.

Staatsr. Rasthal führte aus: Die Brauereien haben sich verpflichtet, kein Bier mit einem Extraktgehalt unter 12 Prozent auszu-

stoßen. Wir bekommen jetzt auch ein Lebensmitteluntersuchungsamt, das in der Lage sein werde, den Extraktgehalt jederzeit festzustellen. Die Aktienbrauerei habe in diesem Jahr, was ihre Biererzeugung anlangt, mit einer Ueberbilanz von 900 000 M., das Bismarck-Brauhaus mit einer solchen von 400 000 M. gearbeitet. Wenn es so weitergehe, werden die Brauereien ihre Betriebe stilllegen müssen.

Der Vorsitzende wies darauf hin, daß der Etat einen Eingang an Bierzoll von 170 000 M. vorsehe. Nehme man jetzt den zehnfachen Betrag, dann kommen 1,7 Millionen heraus.

Nach weiterer Debatte erfolgte die Abstimmung über die Bierzollerhöhung bei Anwesenheit von 13 Mitgliedern; es erklärten sich sieben Stimmen für Ablehnung der vorgeschlagenen Erhöhung.

Das Landesdirektorium nahm jedoch einen Antrag Gubba an, wonach die Biersteuer für jedes Hektoliter der in einem Brauereibetrieb innerhalb eines Rechnungsjahres hergestellten Mengen von den ersten 200 Hektoliter 80 M. (statt 100 M.), von den folgenden 8000 Hektoliter 90 M. (statt 105 M.), von den folgenden 10000 Hektoliter 100 M. (statt 110 M.), von den folgenden 30000 Hektoliter 110 M. (statt 115 M.), von den folgenden 80000 Hektoliter 120 M. (nach dem Antrag gleichfalls 120 M.) vorgelesen wird.

Der Antrag Gubba wurde schließlich nach weiterer Aussprache angenommen. Dr. Vongehr referierte sodann über die Erhöhung der Mineralwassersteuer.

Diese soll betragen: bei Mineralwasser 20 Pf. (bisher 5 Pf.), bei Limonaden und anderen künstlich bereiteten Getränken 40 Pf. (bisher 10 Pf.), bei konzentrierten Mineralwasser 4 M. (bisher 1 M.), bei den Grundstoffen zur Herstellung von konzentrierten Mineralwasser für das Liter 80 M. (bisher 20 M.). Es ist somit die vierfache Erhöhung vorgesehen.

Die Vorlage fand Annahme. Die Vorlage auf Erhöhung der Verbrauchsteuer steht vor für elektrische und andere Metalllampen usw. von 15 Watt bis 200 Watt Sätze von 1 M. bis 10 M. für das Stück, für Glühlampen von Gasglühlampen usw. 1,50 M. für das Stück.

Auch diese Vorlage wurde angenommen, ebenso eine Vorlage betreffend Abänderung des Zündwarensteuergesetzes, wonach die Steuer u. a. für eine Schachtel Streichhölzer von 30 bis 60 Stück 15 Pf., für Zündkerzen aus Stearin, Wachs usw. für die Schachtel mit 20 oder weniger Zündkerzen 50 Pf. betragen soll, für Feuerzeuge soll die Steuer 15 M., für Platin-Selbstzündler für Gasglühlampen 1,50 M. betragen.

Staatsr. Gubba beantragt die Aufhebung des Ausfuhrzolls für Blaubeeren, da mit dem Vesen der Beeren gerade arme Leute beschäftigt sind, die zu anderer Arbeit nicht mehr fähig sind.

Staatsr. Rasthal wies darauf hin, daß die Forstangestellten sich damals sehr für die Erhöhung dieses Zolles ausgesprochen hätten und der Begründung, daß dadurch das übermäßige Ueberfließen des Waldes verhindert werde und auch die Gefahr der Waldbrände möglichst eingeschränkt werden könne.

Nach weiterer Aussprache und da es an und für sich nur um eine kurze Zeit handle, wird dem Antrag Gubba zugestimmt.

Staatsr. Gubba führte dann aus, er sei beauftragt, das Landesdirektorium zu fragen, was geschehen sei gegen die Abwanderung der Arbeiterschaft von Lande nach der Stadt. Arbeiter, die in der Landwirtschaft ihren Dienst verlassen, bedürfen eines Abfahrtscheines, eine Nachprüfung, ob sie einen solchen haben, erfolge aber in der Industrie nicht.

Landespräsident Dr. Steputat: Wenn wir die Abfahrtscheine von der Industrie fordern sollen, muß die Angelegenheit an den Staatsrat kommen.

Staatsr. Dr. Hansen wies darauf hin, daß Verträge mit Gefinde schriftlich abgeschlossen werden müssen, was anscheinend nicht genügend bekannt sei. Mündliche Verträge seien rechtlich ungültig. Zahlreiche derartige Fälle hätten die Gerichte bereits beschäftigt.

Staatsr. Dr. Grabow schlägt vor, daß sich das Landesdirektorium mit der Frage beschäftige, die Demobilisationsverordnungen, die garnicht mehr auf unsere Verhältnisse passen und lediglich auf dem Papier stehen, aufzuheben.

Um 7,15 Uhr schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Memelgau und Nachbarn

* Pogegen, 25. Juli. [Bezirksversammlung der selbstständigen Kaufleute und Gastwirte.] Vergangenen Sonntag hielt der Verein selbständiger Kaufleute und Gastwirte des Kreises Pogegen seine erste Bezirksversammlung im „Deutschen Haus“ in Schmallingen ab, die einen guten Besuch zeigte. Zahlreiche Mitglieder aus dem Kreise waren nach hier gekommen. Der erste Vorsitzende, Kaufmann Bode-Ruden, welcher die Versammlung selbst leitete, ermahnte die Mitglieder energisch, in der jetzigen schwierigen Lage für die Geschäftsleute sich feiler denn je zusammenzuschließen. Aber nicht allein die Mitglieder, sondern rege Mitarbeit ist erforderlich. Eingehend referierte der erste Vorsitzende über die notwendige Handelsvermittlung, dankte allen Behörden für die rege Unterstützung in bezug auf die Gefährdung der Existenz des ordentlichen Geschäftsmannes und gab der Hoffnung Ausdruck, daß baldmöglichst die neue Verordnung mit bestimmteren Grundlinien für Erteilung der Handelsvermittlung herauskommen möge. Das Gleiche gilt auch hinsichtlich der Konzessionserteilung, in welcher Beziehung festgestellt werden konnte, daß auch der Kreisvorsitz Pogegen unter Führung des Herrn Landrats Schulz ganz andere Richtlinien einschlägt, als unter den Vorgängern. Die Veranstaltung war hochinteressant, derartiges feststellen zu können. Dann wurde die leidige Bierfrage wiederum bearbeitet, wobei zum Ausdruck kam, daß der erhöhte Bierzoll, welcher den Memeler Brauereien ein Monopol einräumt, schon leider die befürchteten Blüten gezeitigt, da das Memeler Bier im Kreise Pogegen bereits teurer als das Tilsiter Bier in Tilsit ist. Der Vertreter der Memeler Aktienbrauerei hatte es sich nicht nehmen lassen, hierher zu eilen und Aufforderungen zu geben. Viele Beschwerden wurden über die außerordentlichen Mißstände bei der Abgabe von Frachtgut durch die Kleinbahn auf der Station Wischwill vorgebracht. Diese tragen gerade in der Sommerzeit zu schweren Schädigungen der Geschäftswelt bei. Nach einem ausführlichen Vortrag des ersten Vorsitzenden, Kaufmann Bode, kam es zur Gründung der ersten Ortsgruppe, zu deren Leiter die Vertrauensmänner Samuel-Schmallingen und Benno Rodeit-Wischwill gewählt wurden, die nunmehr in kurzen Abständen Bezirksversammlungen abhalten. Anschließend fand eine Aussprache über die heutzutage ungeheure Preiserhöhung statt und wurden einstimmig folgende Preise als Basis angenommen: Zugrunde gelegt wurde Kornschnaps Glas 2,00 M., 1/4 Liter 15,00 M., 1/2 Liter 30,00 M., Rum, Cognac 1/2 Liter 3,00 M., 1/4 Liter 2,00 M., 1/2 Liter 4,00 M., 1/4 Liter 2,00 M., 1/2 Liter 4,00 M.; Frz. Cognac 1/2 Liter 4,00 M., 1/4 Liter 2,00 M.; Portwein Glas 6,00 M., 1/2 Liter 3,00 M.; Spirit 1 Liter 1,20 M., 1/2 Liter 60 Cents; Selter 3,00 M.; Brauselimonade 4,00 M.; Bier 1 Liter im Fach 15,00 M., Glas 4,00 M.

* Schwanenrug, 24. Juli. [Von der Gilde.] Der Schiffverkehr auf der Gilge war in letzter Zeit nicht lebhaft, ist aber wieder jetzt etwas lebhafter geworden. Die Hauptgüter sind Zelluloseholz, Kohlen, Holzschmittware, Torf und Zellulose. Der Holzschmittverkehr ist zurückgegangen und schwimmt nur noch vereinzelt Holzflöße zu Tal. Der Passagierverkehr auf den nach Tilsit fahrenden Tourdampfern ist an manchen Tagen so lebhaft, daß 30-40 Personen mittelste Gondelfähne angebotet werden müssen. Von dem Tilsiter Dampferverein wird nun in anerkannter Weise eine Anlegebrücke, und zwar eine bessere wie im Vorjahre, aufgestellt werden. Das Wasser in den Strömen steigt, so daß die Fahrzeuge ihre Kadembaligkeit besser ausnützen können. Ein besonderes Spezialbad haben sich hier die Diebe ausgedacht, indem sie in den Viehweiden während der Nacht die Kühe ausmelken. Dem Viehherd Butschies wurden in mehreren Nächten 3-4 Kühe ausgemolken.

* Pokrafen, 24. Juli. [Vereinsgründung.] Der Wandwirtschaftliche Verein hielt in seinem Vereinslokal eine gute besuchte Versammlung ab. Die Gründung eines Hausfrauenvereins wurde zum Schluß beschlossen und die Wahl des Vorstandes auf spätere Zeit verschoben. Der Landarbeiterverband, Ortsgruppe Pokrafen, feierte in den Räumen des Gerallschen Gasthofs sein Sommerfest.

Kleine Chronik

In D. Eylau ist ein großes, massives Stallgebäude der Minenwerfer-Kompagnie in der Hindenburgkaserne, das mit den anderen Gebäuden dieses Kasernenareals seitens erst im Jahre 1919 neu erbaut worden ist, vollständig niedergebrannt. Es liegt Brandstiftung vor.

Ueber die Neuweisung der Regierung in Marienwerder erfährt die „Pöfische Zeitung“, daß als Regierungspräsident der dem Zentrum nahestehende Oberpräsident Prof. Dr. Proke ernannt werden wird und daß als dessen erster Präsidialrat der demokratische Landrat Dr. Friedeburg in Frage kommt.

Ein russisches Verbrechen ist in dem in der Nähe von Wenden gelegenen Gute Wepoth an dem noch nicht ein Jahr alten, unehelichen Kinde Elwirra verübt worden. Der Täter schloß dem Kinde starprozentigen Effig ein. Das Kind ist, nachdem ärztliche Hilfe erfolglos geblieben war, verstorben.

Der Meister

Novelle von Josef Ponten

(Copyright by Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart)

Fortsetzung Nachdruck verboten

„Um“ brummte der Baumeister. „Warum soll ich es nicht geradeheraus sagen, daß ich mir etwas auf einbilde, daß der Herr Baumeister mich in sein Haus geladen hat? Die ganze Hölle ist neidisch. Die Gefellen sagen, das sei noch niemandem geschehen. Man ist sehr stolz, wenn man sich von Vorstern geehrt sieht. So bin ich auch dem Herrn Baumeister von den dankbar.“

„Wollen wir uns setzen?“ sagte Frau Berta. Sie setzten sich an den Tisch. Es wurde Gebäck gebracht. „Hörst du Gottschall und Frau Berta saßen sich an den Langseiten, Berta und Gottfried an den Schmalseiten des Tisches gegenüber.“

„Wo kommst du jetzt her, Gottfried?“ fragte Frau Berta. „Das will ich gleich erzählen, Frau Meisterin. Aber erst laßt mich erzählen, wie ich überhaupt zu dem Hüttenwesen kam, denn das ist lustig. Als ich aus dem Waisenhaus entlassen war und bei meinem Onkel, einem Landparzer, lebte, da schickte mich dieser eines Tages mit einem wichtigen Briefe an das Domkapitel meiner Heimat.“

„Ich lieferte den Brief ab und sah mir dann den Dom von innen und außen so gründlich an, wie das ein Krugproben — so leicht 10 Jahre alt. Ich hatte ein paar Groschen als Botenlohn den Kapitälherren erhalten und wollte, da ich ein frommer Junge war, einen davon opfern. Da sah ich auf dem Opferstocke geschrieben: „Für die Restauration des Münsters.“ Das kam mir nun doch nicht in den Sinn, daß der Dom, der vielleicht nebenher eine Schenkwirtschaft treiben möchte, was mir schon anstößig genug erschien, auch noch den Mißbrauch des heiligen Ortes Geld dafür sammelte. Empört, ließ ich ihn, reißte ich noch einmal an der Klingel und verlangte vom Ordner Auskunft über das Aergernis. Der glaubte zuerst, ich will ihn foppen, und schlägt mich hinter die Ohren. Ich beiße ihn dafür die Hand. Er sieht mich erlauth an, dann sagt er mich beim Namen, und nun geht es gerade vorz Gerichte, denke ich, wie er mich mit von tausend Schlägen der Hämmer widerhält. „Da ist die Restauration!“ sagte der Pförtner. Es war der Werkplatz für die Wiederherstellung. Der Werkmeister kommt heran und läßt sich meinen nervigen Einfall erzählen. Bald stehen alle Gefellen um uns herum

und lachen, daß sie sich ausschütten wollen. Einer sagt: „Der junge Herr kann ja trotzdem für einen Branntwein geben.“ Ich, halb in Angst vor den großen Männern, die mir kleinem Burtschen den halben Himmel verdecken, auch stolz, ein paar Groschen zu haben, und glücklich, damit den Herrn spielen zu können, gebe meine Groschen hin. Aber der Werkmeister verweist dem Gefellen die Rede, nimmt mich in die Bauhütte mit, teilt mit mir sein Vesperbrot und läßt sich das Woher und Wieso erzählen. Kurz, nach einer halben Stunde sagt er: „Wenn du willst, Junge, kannst du gleich hier in der Restauration bleiben und zwar kein Schankkellner, aber ein Baumeister werden. Zunächst werden wir dich als Boten und Essenholer verwenden, dann kommst du in die Zeichenbude, und wenn deine Kräfte gewachsen sind, auf den Werkplatz. Willst du?“ Ob ich wollte! Der große Dom hatte mir schon mächtig gefallen. Aber ich kam mir daneben so klein vor. Wie groß mußte der Dom mir erscheinen, wenn mich Buben erwachsene Menschen schon Arien dünkelt! Das Werk schien mir nicht von Menschenhänden gemacht, es schien mir von außen aus dem Unendlichen in diese Welt hereingefegt. Ich blieb gleich da. Mein Onkel, ein griechgrämiger gichtischer Alter, war froh, mich auf schickliche Weise los zu sein, er schickte mir durch einen Bauern mein Bündel Kleider, und mein Leben begann. Ist das nicht lustig?“

„Ungewöhnlich und ungerewelt.“ sagte der Baumeister. „So hast du denn auch keinen richtigen Lehrgang durchgemacht?“

„Wie meint Ihr das, Meister?“

„Keine ordentliche Schule besucht, wie?“

„Kein.“

„Keine gründliche allgemeine Bildung erworben?“

„Kein.“

„Gottes Wege sind wunderbar.“ meinte nachdenklich Frau Berta. „Ein Einfall, ein Scherz, der reine Zufall war's, der mich in die Hütte führte.“

„Kein, nicht der Zufall, Gottfried.“ bestritt Frau Berta. „Als du dich über den vermeintlichen Mißbrauch ärgertest und beschloßest, hinter den Sinn des dummen Fremdwortes zu kommen, und als du dich nicht fürchtetest, als ein Krugproben, wie du sagst, die Klarheit zu holen, da warst du ganz du selbst. Deine Persönlichkeit hatte ihr Schicksal ergriffen.“

„Das sagt Ihr schön, Frau Meisterin. Nun sieht die Sache allerdings weniger lustig aus. Es ist wahr, der Zufall ist dumm.“

„Stille.“

„Und jetzt, du wolltest ja erzählen, woher du jetzt kommst?“ fragte nach einem kurzen Hüfeln der Dombaumeister. „Der Polier hat dich

eingestellt, ich habe noch keine Zeit gehabt, nach deinen Papieren zu fragen.“

„Jetzt komme ich von Straßburg.“ sagte Gottfried. „Und vorher war ich in Frankreich.“

„Ach, auch du hast die Franzosenlauferei mitgemacht?“ brummte der Meister.

„Wart Ihr denn nicht in Frankreich, Meister, wenn ich fragen darf?“

„Nein. Ich bin ein Deutscher. Ich brauche die Franzosen nicht.“

„Habt Ihr wahrhaftig die französischen Dome nicht gesehen?“

„Nein! Du hörst es doch!“

„Das ist aber sonderbar. Das versteh' ich nicht.“

„Ich bin ein Deutscher, sagte ich schon.“

„Ja, aber trotzdem! Was haben denn die französischen Dome mit deutsch und französisch zu tun? Die Franzosen von heute haben sie ja nicht gebaut. Und die schönsten Dome sind nun mal in Frankreich. Zu denen muß auch der deutsche Patriot pilgern, wenn er hohe Baukunst sehen will. Ebenso wie jeder Franzose sich an Deutschland wenden muß, wenn er das Beste und Höchste in der Musik kennen lernen will. Wenn man diese höchsten Blüten der Rünke aus patriotischen Gründen verschmährt, davon haben die Erbfeinde, wie man sie heißt, keinen Schaden, nur wir selbst, meine ich.“

„Das meine ich auch!“ stimmte Frau Berta bei.

„Das meine ich nicht!“ bekundete heftig Meister Gottschall. Gottfrieds blaues Auge bligte schnell und fröhlich die Frau an. Dann sagte er: „Nun, jeder nach seiner Art. Meister Gottschall hat's ja auch zum Dombaumeister gebracht, ohne die Dome Frankreichs gesehen zu haben.“

Der Meister benutzte schnell die Brücke, die Gottfried ihm baute, denn er merkte, daß er sich durch Rechtshaberei von seinem Ziele hatte abdrängen lassen, und sagte freundlich: „Was sind nun deine Pläne, Gottfried?“

„Pläne? Pläne mache ich gar keine. Ich warte darauf, daß wieder solch ein Zufall — oder solch ein Schicksalswort — was er mit einem leichten Hinneigen zu Frau Berta ein — wie der mit der mißverstandenen Restauration mich leitete.“

„Ein junger Mann muß streben!“ belehrte kräftig Meister Gottschall und kam sich dabei sehr bedeutend vor.

(Fortsetzung folgt.)

Die Wohnungsnot

ihre Ursache und ihre notwendige Bekämpfung durch die Behörden unter besonderer Berücksichtigung der memelländischen Verhältnisse

Städt. Wohnungsinspektor Kandel führt in seinem Artikel weiter aus:
 Bisherige Maßnahmen der Behörden zur Bekämpfung der Wohnungsnot in Memel
 Die im Frühjahr 1919 gewählte Stadtratsversammlung und der von dieser gewählte Magistrat versuchte durch Erlaß von Wohnungsnotverordnungen, die bisher leider nicht vorhanden waren, durch Einrichtung eines Wohnungs- und eines Mietbeiratsamtes, sowie durch Bereitstellung größerer Geldmittel für den Wohnungsbau der dringendsten Not auf dem Wohnungsmarkt zu steuern.
 Im Jahre 1919/20 gab die Stadt rund 3 Millionen Mark für die nächsten Eigenbauten aus und schaffte damit 17 Einzimmerwohnungen mit Kammer und Wohnküche, 32 Zweizimmerwohnungen mit Küche, 37 Dreizimmerwohnungen mit Küche und eine Vierzimmerwohnung, zusammen 87 Wohnungen. Außerdem 4 Läden, 3 Lagerräume und 2 Büroräume nebst Zubehör; diese wurden geschaffen, um eine bessere Rentabilität der Baulichkeiten herauszuholen. Ferner gab die Stadt für die Kleinrentengesellschaft Memel-Stadt Zuschüsse in Höhe von 168 400 M. und damit wurden nochmals 18 Zweizimmerwohnungen mit Küche, 14 Dreizimmerwohnungen mit Küche und 2 Vierzimmerwohnungen mit Küche, zusammen 34 Wohnungen, geschaffen, so daß im Jahre 1919/20 im ganzen von der Stadt Memel allein 121 Wohnungen, 4 Läden, 3 Lagerräume und 2 Büroräume nebst Zubehör gebaut wurden, mit einem Kostenaufwand von 3 168 400 Mark.

Obgleich vorstehende Leistungen auf dem Gebiet des Wohnungsbauens ohne staatliche Zuschüsse von keiner anderen Stadt in gleicher Größe vollbracht wurden, war es nicht möglich, die Wohnungsnot einzudämmen. Die Ursachen sollen später an der Hand der Einwohnerstatistik beleuchtet werden.
 Im Jahre 1921 war die Finanzwirtschaft des Memelstaates etatsmäßig geordnet und es konnte der Staat mit Geldmitteln zum Wohnungsbau mit herangezogen werden und zwar nach dem deutschen System, daß die Stadt 1 Drittel und der Staat 2 Drittel der Baukostenzuschüsse übernimmt.
 Für das Jahr 1921 wurden von Staat und Stadt zusammen für Wohnungsbauarbeiten ausbezahlt 5 101 640 M. Davon entfielen auf den Staat für öffentlichen Wohnungsbau 3 189 427 M., für Bauten der Landesbeamten 260 000 M., auf die Stadt entfielen 1 652 213 M. Von dieser Gesamtsumme in Höhe von 5 101 640 M. konnten 120 000 M. Bargeschuld und 168 140 M. garantierter Betrag im Baujahr 1921 nicht verwendet werden, weil es an Bauarbeitern mangelte und die Ausführung der Bauprojekte auf 1922 verschoben werden mußte. Für die 1921 tatsächlich verwendete Summe von 4 813 500 M. sind folgende Wohnungen hergestellt: 1 Einzimmer-Wohnung mit Küche, 9 Zweizimmer-Wohnungen mit Küche, 113 Dreizimmer-Wohnungen mit Küche, 13 Wohnungen mit 4 und mehr Zimmern. Zusammen 136 Wohnungen.
 Für 1922 konnten sich die Behörden mit Rücksicht auf die gestiegenen Baukosten nicht entschließen, Zuschüsse zu gewähren, sondern übernahmen den Bauherren gegenüber nur Zinsgarantie. Während im Jahre 1921 pro Quadratmeter Wohnfläche, mit Ausschluß von

Korridoren, Treppen und Hausfluren, 575 M. Bauzuschüsse gegeben wurden bis zu 70 Quadratmeter Wohnfläche pro Wohnung, wurde unter Einhaltung derselben Wohnfläche für 1922 pro Quadratmeter eine Zinsgarantie von 1150 M. übernommen.
 Die Stadt Memel stellte 320 000 M. zur Verfügung, welche aufzunehmende Baugeschäfte mit 6 Proz. verzinsten und 2 Proz. tilgen sollten. Weitere 640 000 M. zur gleichen Verwendung stellte der Staat bereit. Für diese 960 000 M. hätten die Bauherren 12 000 000 M. Kapital aufnehmen können, um es für die geplanten Neubauten zu verwenden. Mit dieser Summe, als Zuschuß betrachtet, hätte man 120 Dreizimmer-Wohnungen im Baujahr 1922 schaffen können. Leider haben die meisten Bauherren auf ihren Antrag wohl die Zinsgarantie nicht möglich, sich die Gelder zu beschaffen, so daß im Jahr 1922 außer einigen Privatbauten, welche von Leuten, die über Gelder und größere Kredite verfügen, ausgeführt werden, nur noch die Gebäude des Landesdirektoriums am Vibauerort mit zusammen: 3 Wohnungen von 6 Zimmern und Küche, 2 Wohnungen von 5 Zimmern und Küche, 1 Wohnung von 3 Zimmern und Küche, außerdem 4 Einzelzimmer für unverheiratete Wohnungsuchende, gebaut wurden. Zur besseren Rentabilität des Gesamtbaues sind noch vorgelesen 2 Läden mit je 1 Zimmer und 1 Kaffeehausbetrieb mit 168 Quadratmeter Nutzfläche.
 Ferner hat die Stadt, um die alten Wohnungen nicht verfallen zu lassen, im Jahre 1920 150 000 M. bereitgestellt, welche als zinslose Darlehen gegeben wurden bis zur Höhe von 3000 M. für den Einzelfall, zur Verwendung von Wohnungsreparaturen. Dieses Geld wurde 1920 und 1921 in 48 Fällen mit zusammen 138 500 M. in Anspruch genommen.

Wie weit haben die finanziellen Aufwendungen von Stadt und Staat die Wohnungsnot bekämpft

Aus dem vorhergehenden Kapitel ergibt sich, daß einsehl. der Privatbauten zirka 300 Wohnungen geschaffen wurden und damit eigentlich die Zahl der anfangs 1919 eingetragenen Wohnungsuchenden in Höhe von zirka 300 befriedigt gewesen wäre. Leider haben sich die Verhältnisse, wie ja eingangs largelegt, wesentlich verändert. Man muß die behördlichen Statistiken für die Stadt Memel über Geburten, Todesfälle, Eheschließungen und Zurückgehende zu Hilfe nehmen, um ein übersichtliches Bild zu bekommen. Die Statistik sagt uns folgendes:
 Die Stadt Memel hatte im Januar 1919 einsehl. Dommelsvütte, Jantischew und Schmelz 29 434 Einwohner. Am 1. April 1922 dagegen waren nach Abzug von 2170 durch Todesfällen Ausgewandener noch 34 523 Einwohner vorhanden. Infolge Geburten war in derselben Zeit ein Zugang von 2777 Personen, so daß mit einem Zugang von 4482 Personen zu rechnen ist. Die selbständigen Haushaltungen betragen im Januar 1919 = 7130 und vermehrten sich bis zum April 1922 auf 8767. Davon wurden in der Zeit vom Januar 1919 bis April 1922 900 selbständige Haushaltungen durch Eheschließungen geschaffen, währenddem 737 selbständige Haushaltungen durch Zugang den Wohnungsmarkt neu belasteten. Aus dieser Statistik ergibt sich die Tatsache, daß 1697 neue Wohnungsuchende Familien vorhanden sind, währenddem nur zirka 300 Wohnungen geschaffen wurden. Daneben sind aber infolge des Aufblühens unseres Wirtschaftslebens noch eine ganze Reihe lediger Leute beiderlei Geschlechts nach Memel gekommen, um ihrer beruflichen Arbeit nachzugehen und ihren Lebensunterhalt zu fristen. Auch diese treten an das Wohnungsamt heran und verlangen teils möblierte, teils leerstehende Räume zur Unterkunft, so daß tatsächlich zurzeit zirka 1500 eingetragene Wohnungsuchende vorhanden

sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß keiner von den Wohnungsuchenden, ob Einzelpersonen oder ganze Familien-Gesamtheiten, oblos sind. Alle haben ein Dach über dem Kopf; aber unter welchen Verhältnissen sie wohnen, in Bezug auf Kostspiel und Gesundheit darüber können nur diejenigen sich ein Urteil erlauben, welche Wohnungsweisen in der Stadt Memel mitgearbeitet haben, beamt. arbeiten.
 Aus Vorstehendem ist zu ersehen, daß die Millionenopfer, welche Stadt und Staat zur Bekämpfung der Wohnungsnot geleistet, zweck nicht erreicht haben.

* Patentschau (aufgenommen vom Patentbüro Johannes Berlin NO. 18, Gr. Frankfurter-Strasse 59). Artur Betsche, Erbk. Wasserkr. 50; Briefbogen, umwandbar in einen Briefumschlag mit gleichzeitiger Adresse, Abänderung und Verriegelung durch die Briefmarke. Gebrauchsmuster. — Karl Hartmann, Osterburg; Spielzeugformular für Steuererklärung für landwirtschaftliche Betriebe. Gebrauchsmuster. — Arnold Reich, Hendeberg; Elektrische Gebrauchsmuster. — Emil Hinz, Osterburg; Koffelwasserzapper. Gebrauchsmuster. — Richard Furschheit, Memel, Seefr. 1; Mit Verwendungsradern auf dem Seitenwege laufender Drahtseilwagen mit Tiedste, Königsberg, Alten Garten 23; Ränderverrichtung. Gebrauchsmuster.

Sprechsaal

Für die in dieser Rubrik veröffentlichten Einwendungen aus dem Leserkreis nimmt die Redaktion sowohl hinsichtlich der Form wie auch des Inhalts keine andere als die preisgelegliche Verantwortung.
 Wie aus dem „M. D.“ ersichtlich, hat der Staatsrat sich mit Mietpreisbildung beschäftigt. Wie ich es ausrechnen, ist wenigstens mir als Vermieter trotz des hohen Zuschlages nicht gelungen. Der im Frieden betrug meine Mieteinnahme 840 M. 15 % = 98 abgerechnet zu Reparaturen würden meine Mieten 542 x 8 = 1628 nach dem neuen Satz ab 1. Juli 1922 betragen. Nun ist mein Grundstück mit 720 000 M. Feuer versichert. Feuerprämie 2500 M. Da an Zinsen 600 M. zu zahlen. Haftpflicht 100 M., 4 Wagen Unfortunalsuhr 600 M., 4 Wagen Kraftfahr 400 M., Schornsteinfeger 300 M. Straßenreinigung 1200 M. Summa 6700 M. betragen also die Nebengebühren; die Miete 1628 M., bleiben 4074 M. Wer soll für den der Gebühren aufkommen? Nun kommt noch Gebäudesteuer hinzu. Zudem soll der Vermieter noch 2 Prozent an die Stadt für die armen Mieter zahlen. Wo bleiben die Reparaturen? Ich bin im Arbeit kann an meine Bequemlichkeit garnicht denken, muß am Tage meine Arbeit leisten, nach Feierabend mein Grundstück in Ordnung machen und muß mich mit meinem Lohn sehr einschränken. Damit ich was überbleibe, um am Grundstück anzuwenden. Meine Kinder möchten gerne eins und das andere haben; muß ihnen vieles verweigern, der Hoffnung, daß es einmal anders werden wird. Leide um die Krankheit oder Todesfall, wer gibt mir etwas und sorgt für meine Familie? Man wäre gezwungen, Hypotheken aufzunehmen, also noch mehr Zahlungsleistungen aufzubringen. Das Mehl ist viel zu eingewurzelt. Nun mit einem Mal es zu beheben, fällt schwer. Ich höre, wollen die Mieter trotzdem nicht zahlen. Wer soll den der Gebühren bezahlen? Ob die Stadt die 2 Millionen hergeliebt, damit der Vermieter seine Zahlungen leisten kann?

Breslauer Mehl
 193.6. SEPT. 22
 Alle Auskünfte über Pass, Einreisewesen, Unterkunft durch die ehrenamtliche Vertretung
OTTO GROSSMANN, MEMEL
 Polangenstr. 39.

Donnerstag und Freitag billiger Verkauf

Blusen Kleidern Damen-Mänteln Kostümröcken Frottees Musselines Kleiderstoffen glatt und karliert Blusenstoffen glatt- u. gestreift Untertaillen Büstenhalter

Herren-Ulster- u. Anzugstoffen in grosser Auswahl Englisch. Gummimänteln Herren-Ulster u. Mänteln Kinderanzügen Hemdenstoffen weiss Molton Hemden Garnituren Socken, Strümpfen u. viel. and.

Willy Cohn, Hohe Str. 13
 Man achte auf Firma und Hausnummer.

Wir sind Käufer für jeden Vollen Sprit- u. Petroleum-Eisenfäß und zahlen höchste Preise.
The Caucasian Oil Company Ltd.
 Memel, Schußstr. 9, Tel. 843.

Wir sind Käufer für jeden Vollen Petroleum- und Oel-Holzgefäße und zahlen höchste Preise.
The Caucasian Oil Company Ltd., Memel
 Schußstraße 9. Telephon

Ein kräftiges Arbeitspferd
 sucht zu kaufen
 Süß, Zuisenhof.

Wiesenheuen
 gut, gesund, trocken, mehrere Waggonn kauft
Bruno Thiel's Nachfolger
 Kurt Laqua, Warmbrunn i. Schlef.

Inspektor
 welcher möglichst mit Buchführung vertraut und an selbstständiges Arbeiten gewöhnt ist, gesucht. Gest. schriftliche Offerten unter Nr. 87 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Konsum- und Spargenossenschaft für Memel und Umgegend
 eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
 Wir suchen zum 1. September d. J. einen tüchtigen kassationsfähigen
Lagerhalter.

Meldungen sind unter Angabe der seitherigen Tätigkeit an den Vorstand, Warblerstraße 6/9, einzureichen.
 Suche zum sofortigen Eintritt:
zwei Kutscher und einen Heizer
 der auch Kenntnisse in Schlofferarbeiten haben muß.
Dampfmühle Gallus
 Neusack-Scheer bei Jugnaten.

Mehrere Maurer und Bauhilfsarbeiter
 werden noch eingestellt
 Neubau, Vibauerstraße 30.
 Dasselbst kann Dzung abgehoben werden.
Eisenhändler
 wird von Großfirma gesucht. Offerten unter Nr. 123 an die Expedition dies. Blattes.

Tüchtiger Köcher
 für dauernde Beschäftigung gesucht.
The Caucasian Oil Company Ltd., Memel
 Schußstraße 9. Telephon 843.

Einen tüchtigen Kutscher
 sucht von sofort
 Hans Reimann, Dawillen.
Konsum- und Spargenossenschaft
 Wir suchen zum baldigen Eintritt einen
Lehrling
 Sohn achtbarer Eltern. Zu melden Warblerstr. 6/9.

Älteren Kaufburschen oder jüngeren Hausmann
 (15-16 J.) gesucht.
Freyer & Co., Fischerstraße 7.

Anständigen Kaufburschen und älteren, kräftigen Hausmann
 stellt sofort ein
Masurkewitz & Sack
 Thomasstraße 1c.

Siehe Buch- und Papierhandlung sucht junge Dame für die Kasse, junge Dame für schriftliche Arbeiten.
 Offerten unter Nr. 130 an die Expedition dieses Blattes erbeten.
 Wir suchen zum baldigen Eintritt eventl. 1. August d. J.

2 gewandte, jung. Verkäuferinnen
 bei hohem Gehalt.

1 Kassiererin
 mit schriftlichen Arbeiten vertraut.

1 Lehrfräulein.
 Meldungen schriftl. oder persönliche Vorstellung mittags von 12-2 Uhr.

Conrad Tack & Cie.
 Schuwaren
 Marktstraße 41. Marktstraße 41.

Schreibfräulein
 per sofort gesucht.
 Anmeldungen zwischen 10 und 1 Uhr
 Schußstraße 4/5.

Frauen zum Kartoffeln weden sucht Ed. Skwar, Memel, Seintorfstraße Nr. 1.

Zweites Küchenmädchen
 sucht
Deims Hotel, Heydeburg.

Dreizimmerwohnung
 in bester Lage, gegen Fünfzimmerwohnung, ebenfalls im Zentrum, zu günstigen Bedingungen gesucht.
 Offerten unter Nr. 114 an die Expedition d. Blattes.

Aktiengesellschaft sucht 2-3 Zimmer
 als Büro gegen hohe Miete.
 Würde evtl. als Büro geeigneten Laden gegen Abhand übernehmen. Off. u. Nr. 115 an die Exped. d. Blattes.

Möbl. od. leeres Zimmer
 zu Geschäftsweiden für tagüber im Zentrum der Stadt gesucht. Offerten unter Nr. 116 an die Exped. d. Blattes.

Ehepaar sucht per sofort anständig möbliertes Zimmer
 mit Kochgelegenheit. Offerten unter 109 an d. Exped. d. Bl. erb.

Zwei möbl. Zimmer
 auch getrennt, Nähe Wälderstraße, gesucht.
 Gefällige Offerten unter Nr. 100 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Ein möbl. Zimmer
 möglich mit Pension, für Dame von sofort gesucht.
 Offerten mit Preis unter Nr. 110 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Laden
 eventuell auch als Kontor vorzüglich geeignet, im Mittelpunk der Stadt, zu vermieten. Bedingung: Renovierung der Räume durch den Mieter.
 Diesbezügliche Anfragen unter Nr. 102 an die Exped. dieses Blattes erbeten.

Affordarbeiter
 3 Sprengstücken zerleinern, 2 am 100.-M. (Einhundert) sucht Fröscher, Postlagernd Wilkieten (Wahlstation).

Älterer Mann
 od. schulfreier Junge zum Hüten v. 6 Stk. Vieh gesucht. Fortsch. Schäferstr. 6. Dittauen, Bahnst. Witzken.

Älteren, zuverlässig, ledig. Mann oder Frau als Schweinefütterer i. v. Hof. Weiss'sche Güterverwaltung Carlsberg d. Memel.

1 Kutscher, 1 Mädchen
 die Landarbeiten können, braucht sofort
Frucht, Edwardshof
 6 Königsweiden.

Erfahrene Wirfin
 sucht Stellung im Gutshaus. Offerten unter Nr. 107 an die Expedition d. Blattes.

Bedienung
 für die Sonntage kann sich melden
Sotel Franz, Försterei.

Kaufmädchen
 gesucht.
Grüne Apotheke.

Ältere Dame
 möchte einem Herrn die Wirtschaft führen, oder im großen Haushalt mithelfen. Stadt o. Land. Off. u. Nr. 119 an d. Exped. d. Bl.

Suche eine Lehrstelle zur Erlernung der Wirtschaft bei einem tüchtigen Landwirt auf Gut oder Hofstelle. Offerten unter Nr. 117 an die Exped. d. Bl.

Zweizimmerwohnung
 leer oder möbl., mit Küche oder Küchenbenutzung, mögl. Nähe Hospitalstraße, zum 18. Sept. Letten, Wädele vorh. Off. u. Nr. 90 an d. Exped. d. Bl.

1-2 Zimmer
 möbliert oder teilweise möbl., lieb gelegen, in gutem Hause von alleinlebendem Herrn zu mieten gesucht. Offert unter No. 99 an die Exped. d. Bl.

Fräulein sucht kl. möbl. od. vermöbl. Zimmer mit Küchenbenutzung ruhig. Deuten. Eigene Bek. Off. un. No. 84 a. d. Exped. d. Bl.

Suche 3 möbl. Zimmer zu mieten.
 Offerten unter Nr. 1 an die Expedition d. Blattes.

Möbl. Zimmer
 zum 1. August von jung Kaufmann gesucht.
 Offerten unter Nr. 91 an die Expedition dieses Blattes.

Ein möbl. Zimmer
 mit Küchengelände, Linderoletten Ehepaar gesucht. Off. u. 105 a. d. Exped. d. Bl.

Ein möbl. Zimmer
 mit Küchengelände, Linderoletten Ehepaar gesucht. Off. u. 106 a. d. Exped. d. Bl.

Herr, Süddeutscher, sucht Zimmer
 wenn möglich mit Pension. Angeb. u. 103 a. d. Exped. d. Bl.

Möbliertes Zimmer
 für einzelnen Herrn gesucht
Grüne Apotheke

Speicherräume
 sofort zu vermieten. Nähe Polangenstraße 10.

Bekanntmachung
 In das Genossenschaftsregister ist bei Nr. 2 eingetragen: Darlehenfabrikverein e. G. m. b. H. unter Nr. 100 eingetragen: Wälder Christof Tack ist verstorben.
 In seiner Stelle ist Wälder Ferdinand Haner eingetragen zum Vorstand gütlich und Vereinstorbe bestellt.
 Verfaßt, den 15. Juli 1922.
 Das Amtsgericht Memel.